„Österreich ist nicht betroffen, keine Gefahr", versichert Umweltminister Berlakovich am Samstag – und deutet dabei auf die Landkarte einer Region, in der an die 150 AKWs in Betrieb sind ... *Foto: APA*

Wie weit ist Fukushima von Österreich entfernt?

Die Reaktorkatastrophe in Japan und die Frage nach der Zukunft der Atomkraft in unseren Nachbarländern: Das Volksbegehren „Raus aus Euratom" ist zwar gescheitert, seine Forderung aber beängstigend aktuell. *Foto: Cremer*

Peter Weish

Die Welt steht im Banne der schrecklichen Erdbebenkatastrophe in Japan. Die Bilder der gigantischen Schäden sind per TV leicht zu vermitteln, das Leid der Betroffenen ist für uns Zuschauer bei allem Mitgefühl nicht annähernd nachvollziehbar.

Nun droht nach den schweren Schäden im Atomkraftwerk Fukushima aber noch eine zusätzliche nukleare Katastrophe. – Was ist geschehen, was kann noch geschehen?

Wenn man den verschiedenen Lageberichten im ORF zuhört, fällt auf, dass viele der Angaben, zum Beispiel über den Strahlenpegel oder den vermuteten Unfallverlauf so laienhaft formuliert (oder auch übersetzt) sind, dass man damit nicht viel anfangen kann. Jedenfalls ist das geschehen, was bei jedem Atomkraftwerk eintreten kann: Netzausfall und Versagen der Notstromversorgung. Dann kommt es zu unzureichender Kühlung des Reaktorkerns, der nach bisherigen Meldungen bereits teilweise geschmolzen ist. Ein Zustand, wie er in ähnlicher Weise, aber mit einer anderen Vorgeschichte, 1979 in Three Mile Island, USA, geherrscht hat. Damals ist man haarscharf an einer Katastrophe vorbeigeschrammt.

Mittlerweile werden in Japan bereits Evakuierungen durchgeführt. Was das bedeutet, inmitten des Erdbebenchaos, ist für uns unvorstellbar. Kommt es zu massiver Freisetzung radioaktiver Spaltprodukte, tritt eine Potenzierung des Schadens ein: Die für nukleare Katastrophen vorgesehenen Notfallmaßnahmen, die schon bei funktionierender Infrastruktur kaum umsetzbar sind, müssen nach den massiven Erdbebenschäden fast zwangsläufig scheitern: Kommunikation, Verkehrssysteme, Energieversorgung sind zusammengebrochen, Katastrophenhelfer werden radioaktiv kontaminiert, müssen medizinisch ganz speziell versorgt werden. Wie soll das geschehen, wenn das medizinische System nicht mehr funktioniert?

„Beruhigend" wirken die Aussagen der Meteorologen: Eine radioaktive Wolke, wenn sie höhere Luftschichten erreicht, würde nach Osten, über den Pazifik ziehen und über dem Meer von Niederschlägen ausgewaschen. Wenn man aber an frühe Erfahrungen der Japaner mit den A-Bombertests im Pazifik denkt, wird die Radioaktivität vermutlich über die Fischmärkte wieder zurückkehren – direkt in der Nahrungskette.

Jedenfalls ist heute schon abzusehen, dass dieser Unfall gigantische Kosten nach sich ziehen wird, selbst wenn eine nukleare Katastrophe, wie wir alle hoffen, ausbleiben sollte.

Zugleich stellt sich natürlich generell die Frage nach den Folgen von „Fukushima" für die Zukunft der Atomkraft. 25 Jahre nach Tschernobyl steht zu befürchten, dass der Lernerfolg gering sein wird. Zu sehr ist die militärische und die zivile Atomindustrie mit der Politik vernetzt, zu viel Geld, auf dessen Rendite man nicht verzichten will, wurde in diesen Sektor investiert.

„Wichtig ist: Österreich ist nicht betroffen", meinte unser Umweltminister, der ja für die Vertretung der atomkritischen Haltung Österreichs gegenüber unseren Nachbarstaaten zuständig ist. Eine bemerkenswerte Aussage. Falls, was nicht auszuschließen ist, eine radioaktive Wolke aus Temelín, Mochowce oder einem deutschen AKW, deren Laufzeitverlängerung unsere Regierung nach zaghafter Kritik hingenommen hat, Österreich heimsuchen sollte, so kann man dazu beruhigend anmerken: „Wichtig ist, dass Australien nicht betroffen ist!"

Wichtig für verantwortungsbewusste Menschen ist hingegen, an das unermessliche Leid der Betroffenen, auch der bisherigen nuklearen Unfälle zu denken und alles daranzusetzen, dass dieses unverantwortliche Katastrophenpotenzial in Gestalt von Atomkraftwerken aus der Welt geschafft wird.

Einen international wirksamen Anstoß dazu kann Österreich mit einem Austritt aus Euratom leisten, einem Vertrag, in dessen Präambel bereits zu lesen ist, dass sein Ziel darin besteht, eine mächtige Atomindustrie zu schaffen.

Unsere Volksvertreter haben ja viel dazu beigetragen, dem Volksbegehren „Raus als Euratom!" den Wind aus den Segeln zu nehmen. Nach dem von ihnen erwünschten und mitverursachten „Flop" des Volksbegehrens sollten sie angesichts der japanischen Katastrophe nicht wieder in der bequemen Tatenlosigkeit in Atomfragen verharren, sondern entschieden gegen die Bedrohung Österreichs durch benachbarte Atomanlagen auftreten. Ein Austritt Österreichs aus Euratom würde klare Verhältnisse schaffen und wäre die Basis einer glaubwürdigen atomkritischen Energie- und Außenpolitik. Als dezidiertes Euratom-Nichtmitglied könnte Österreich leichter konsequent gegen die nukleare Bedrohung seitens seiner Nachbarstaaten auftreten, statt wie heute diese Bedrohung sogar noch mit zu finanzieren. Kurzum: Ein Austritt Österreichs aus Euratom wäre ein deutliches Signal für die EU, einen Wandel in Richtung Zukunftsfähigkeit und Lebensfreundlichkeit einzuleiten.

PETER WEISH (74) ist Biologe, zählt seit den späten 60er-Jahren zu den führenden Köpfen der Österreichischen Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung und engagierte sich zuletzt im Personenkomitee „Raus aus Euratom".

PRESSESTIMMEN

Aus Kommentaren internationaler Tageszeitungen:

星島日報

(Singtao, Peking) Das Erdbeben und seine nuklearen Folgewirkungen lassen sich auch auf dem Börsenmarkt spüren. Wie stark der Einfluss ist, wird erst am kommenden Montag deutlich werden. Das hängt vor allem davon ab, wie schnell die japanische Regierung unter Premierminister Kan diese Krise unter Kontrolle bekommt. Kan stößt auf tiefes Misstrauen seiner Wähler. Sein Krisenmanagement ist sowohl für seine weitere politische Karriere als auch für die Finanzstabilität Japans entscheidend.

DIE WELT

(Berlin) Die Beteuerung, bei uns sei so ein Szenario nicht vorstellbar, weil unsere AKWs nicht auf den Spalten tektonischer Platten errichtet wurden, ist wohlfeil. Denn Japan zeigt vor allem dies: Was schiefgehen kann, geht nicht nur schief, es kommt sogar noch schlimmer. Gegen Terrorangriffe aus der Luft sind viele deutsche AKWs nicht gesichert. Utopisch? Unvorstellbar? Nach dem 11. März kann kein Szenario verrückt genug sein. Diejenigen aber, die schon immer vor solchen GAUs gewarnt haben, sollten der Verlockung widerstehen, zu politischen Profiteuren einer Katastrophe zu werden. Über die Atomwirtschaft muss man nach diesen Tagen neu verhandeln, es liegen zu viele Fragen auf dem Tisch. Mit den Antworten aber dürfen sich die Protagonisten ruhig etwas Zeit lassen – und sich nicht am nächsten Wahltermin orientieren.

日本經濟新聞

(Nihon Keizai, Tokio) Zum ersten Mal in der Geschichte ist die Umgebung eines AKWs evakuiert worden. Die Anwohner sind besorgt. Die Regierung muss die Sicherheit gewährleisten und richtige Informationen veröffentlichen. Und das Erdbeben muss Anlass sein, noch einmal zu überprüfen, wie man auf künftige starke Erdbeben vorbereitet ist. In Japan gibt es immer noch etwa 10 Millionen Häuser, die vor der Änderung der Vorschrift zur erdbebensicheren Bauweise vom Jahr 1982 errichtet wurden.

die tageszeitung

(Berlin) Fünf Atomreaktoren in Japan laufen derzeit auf eine Katastrophe zu. Sie sind ohne Kühlung. Was genau passiert ist, wissen weder Anwohner noch die Welt, und das fast zwei Tage nach dem schweren Erdbeben. Ein Reaktor ist schon explodiert, aber die Atomlobbyisten geben auch das nur zögerlich zu, sprechen teilweise von einer wahrscheinlich nicht so folgenschweren Wasserstoffexplosion. Kein Vergleich zu Tschernobyl, heißt es.

Dieses Vertuschen und Verzögern ist ein unfassbarer Skandal. Und er ist keine Folge des Chaos nach dem Beben, nein – das hat Methode. Noch bei jedem Atomunfall war es so. Erst mal versuchen, die schöne Fassade intakt zu lassen. Lieber die Gesundheit von Zehntausenden und Hunderttausenden gefährden, als schlechte Presse zu riskieren. Es könnte ja sein, dass Experten die Lage in den Griff bekommen oder die Bevölkerung nichts merkt. Radioaktive Strahlung ist ja zum Glück unsichtbar und geruchlos. Und die Milliarden aus diesem Geschäft stinken nicht.